

Bericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.04.2025

1: Fragemöglichkeit für Zuhörer

Hiervon wird kein Gebrauch gemacht..

2: Bestätigung der Niederschrift

Die Niederschrift wird von mindestens zwei Mitgliedern des Gemeinderats unterschriftlich bestätigt.

3: Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Aus nichtöffentlicher Sitzung sind keine Beschlüsse bekanntzugeben.

4: Rückblick zum Projekt "Common Ground" und der Gemeinde Muttersholtz

Bürgermeister Brügner führt in das Thema ein und berichtet über den interkommunalen Austausch mit der französischen Partnergemeinde Muttersholtz, bei dem Fragen der Verkehrsführung und nachhaltigen Mobilität im Mittelpunkt standen. Im Anschluss übergibt Brügner das Wort an eine Gemeinderätin, die an dem Austausch teilgenommen hatte und aus erster Hand berichten kann.

Eine Gemeinderätin schildert den Ablauf des Treffens am 22.03.2025 in Muttersholtz. Die deutsche Delegation wurde freundlich empfangen, die Kommunikation erfolgte abwechselnd auf Deutsch und Französisch mit Unterstützung eines Dolmetschers. Nach einem gemeinsamen Rundgang durch den Ort, bei dem verschiedene verkehrsplanerische Maßnahmen vorgestellt wurden, trafen sich die Teilnehmenden in Arbeitsgruppen zur weiteren Diskussion. Besonders hervorgehoben wurde, dass in Muttersholtz verschiedene Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung getroffen wurden, wie beispielsweise breite Rad- und Fußwege – bei rund 8.000 Fahrzeugen täglich sei das eine besondere Herausforderung. Es wurden unter anderem Vorschläge wie ein Ampelsystem zur Geschwindigkeitskontrolle diskutiert.

Ein vergleichbares Treffen fand am 05.04. in Vörstetten statt, mit einem ähnlichen Ablauf: Vorstellung der Gemeinde, Ortsrundgang, anschließende Gruppenarbeit. Dabei wurde festgestellt, dass bestehende Fahrradschutzstreifen in Vörstetten teilweise abrupt enden, was als verbesserungswürdig erachtet wurde.

Bürgermeister Brügner ergänzte, dass insbesondere die Einmündung Breisacher Straße/ Im Gottesacker in den Fokus rücken. Vorgeschlagen wurde unter anderem die Einrichtung eines Fahrradschutzstreifens von March aus kommend. Zudem sei die Überdachung von Fahrradstellplätzen eine attraktive Maßnahme zur Förderung des Radverkehrs.

Eine Gemeinderätin berichtet, dass Vörstetten im Gesamteindruck gut abgeschnitten habe. Die französische Delegation habe positiv hervorgehoben, dass im Ort viele Hinweisschilder wie „Achtung Kinder“ aufgestellt sind. Bedauerlich sei jedoch gewesen, dass seitens Vörstetten nur sechs Personen teilgenommen haben, während Muttersholtz mit einem vollen Reisebus angereist sei. Dies wurde von ihr als beschämend empfunden.

Bürgermeister Brügner weist darauf hin, dass viele verkehrsrechtliche Fragen nicht in der Entscheidungshoheit der Gemeinde, sondern bei übergeordneten Behörden liegen. In Muttersholtz werde seitens der Schule und der Lehrkräfte aktiv darauf hingewirkt, dass die Kinder mit dem Fahrrad zur Schule kommen. In diesem Zusammenhang stellt Bürgermeister Brügner das französische Projekt Mobigoutte vor – ein Modell zur aktiven Mobilitätsförderung bei Schulkindern. Es bestünde die Möglichkeit, dieses Projekt probeweise auch in Vörsstetten umzusetzen. In Muttersholtz fahren bereits über 100 von 120 Schülern regelmäßig mit dem Fahrrad zur Schule.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

5: Flüchtlingsunterkunft Sulzgasse: Vorstellung und Billigung des Entwurfs; weitere Beauftragung von Planungsbüros

Bürgermeister Brügner begrüßt Frau Weinfurter vom beauftragten Architekturbüro und Herrn Zoske vom Verbandesbauamt zur Vorstellung des aktuellen Planungsstands. Frau Weinfurter erläutert, dass sich das Projekt derzeit in der Leistungsphase 3 befindet. Gemeinsam stellten sie den Sachverhalt vor.

Die Gemeinde Vörsstetten hat am 13.05.2024 beschlossen, in der Sulzgasse einen Neubau zur Unterbringung von Flüchtlingen errichten. Es ist keine herkömmliche Unterkunft angedacht, stattdessen sollen Kleinstwohnungen zur Unterbringung von Familien geschaffen werden.

Seitens der Gemeinde wurde ein Förderkredit der KfW Bank, Neubau von Flüchtlingsunterkünften, in Höhe von 1.745.000,00 € beantragt, dieser wurde bewilligt. Die Mittel wurden am 30.12.2024 abgerufen und stehen nun zur Verfügung. Der Verwendungsnachweis ist innerhalb 2 Jahre nachzuweisen.

Um den Bau bis Dezember 2026 errichten zu können, hat das beauftragte Architekturbüro NOI Architektur im Januar 2025 mit der Planung begonnen. Die Entwurfsplanung ist fast abgeschlossen. Mit der Erstellung des Bauantrages kann zeitnah begonnen werden. Es ist geplant diesen im Mai 2025 einzureichen, spätestens jedoch Anfang Juni 2025. Unmittelbar nach der Einreichung des Bauantrages soll seitens NOI Architektur mit der Ausführungsplanung begonnen werden.

Aufgrund der Zeitschiene ist es notwendig, dass sich die Ausführungsplanung, die Ausschreibung, sowie die Bauarbeiten überschneiden. Geplanter Baubeginn ist im Januar 2026, die Bauzeit beträgt ca. 1 Jahr.

Je nach Verlauf der Ausschreibungen ist denkbar, dass bestimmte Arbeiten wie z.B. die Erdarbeiten auch schon früher beginnen können.

Hinweis:

Das Gebäude wird hinsichtlich Statik sowie Haustechnik so geplant, dass eine spätere Aufstockung um ein weiteres Vollgeschoss realisierbar ist.

Aus den Reihen des Gremiums werden Fragen zum Zeitplan der Fertigstellung, zur Dachkonstruktion, zur energetischen Ausstattung (PV-Anlage bzw. Wärmepumpe) sowie zur Wahl der Fassadenmaterialien gestellt.

Beschluss:

- Der Gemeinderat beschließt die weitere Durchführung der Maßnahme auf Grundlage der Entwurfsplanung.
- Der Gemeinderat beauftragt die Rathausverwaltung mit der Erstellung des Bauantrages sowie dessen Einreichung beim Landratsamt Emmendingen.
- Der Gemeinderat beauftragt die Rathausverwaltung, die weiteren Planungsschritte und die Ausschreibung durchzuführen.
- Der Gemeinderat beauftragt die Rathausverwaltung, die Fachplaner mit den weiteren Leistungsphasen zu beauftragen.

6: Bürgermeisterwahl am 12.10.2025

Veröffentlichung Stellenausschreibung und Bestimmung Einreichungsfrist

Herr Römer erklärt den Sachverhalt.

Gem. § 47 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) ist die Stelle des hauptamtlichen Bürgermeisters spätestens zwei Monate vor dem Wahltag öffentlich auszuschreiben. Der Wahltag wurde vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung am 07.10.2024 auf den 12.10.2025, eine mögliche Stichwahl auf den 26.10.2025, festgelegt.

Um den potenziellen Bewerbern ausreichend Zeit zu verschaffen und den Beginn der Einreichungsfrist außerhalb der Sommerferienzeit zu legen, wird vorgeschlagen, die Stelle des hauptamtlichen Bürgermeisters am 18.07.2025 öffentlich auszuschreiben.

Die öffentliche Ausschreibung der Stelle ist grundsätzlich im Staatsanzeiger Baden-Württemberg vorgesehen. Der Erscheinungstag des Staatsanzeiger BW ist freitags. Mit der Ausschreibung im Staatsanzeiger BW am 18.07.2025 erfolgt ebenfalls die Ausschreibung der Stelle im Amtsblatt vom 18.07.2025 sowie auf der Homepage der Gemeinde Vörstetten. Die Stellenausschreibung wird darüber hinaus auch in der Badischen Zeitung veröffentlicht.

Die Einreichungsfrist von Bewerbungen beginnt nach § 10 Abs. 1 S. 2 Kommunalwahlgesetz (KomWG) am Tag nach der Stellenausschreibung. Das Ende der Einreichungsfrist darf vom Gemeinderat frühestens auf den 27. Tag, spätestens auf den 16. Tag vor der Wahl festgesetzt werden.

Es wird vorgeschlagen, das Ende der Bewerbungsfrist auf den frühestmöglichen Termin, Montag, 15.09.2025, 18:00 Uhr festzusetzen.

Über den Inhalt der Ausschreibung enthält die GemO keine Bestimmungen. Aus dem Zweck der Ausschreibung ergibt sich jedoch, dass diese so gestaltet ist, dass der Bewerber alle relevanten Informationen über den Amtsinhalt und die Unterlagen der Bewerbung erfahren kann.

Beschluss:

1. Der vorliegenden Stellenausschreibung wird zugestimmt.
2. Der Gemeinderat beschließt, die Stellenausschreibung für die Bürgermeisterwahl am 12.10.2025 mit etwaiger Stichwahl am 26.10.2025,
 - a. am Freitag, 18.07.2025 im Staatsanzeiger Baden-Württemberg,
 - b. am Freitag, 18.07.2025 im Amtsblatt sowie der Homepage der Gemeinde Vörsstetten,
 - c. und in der Badischen Zeitung zu veröffentlichen.
3. Das Ende der Einreichungsfrist wird auf Montag, 15.09.2025, 18:00 Uhr festgesetzt.

**7: Bürgermeisterwahl 12.10.2025 -
Bildung des Gemeindewahlausschusses**

Herr Römer erläutert den Sachverhalt.

Der Gemeinderat bestellt gemäß § 11 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz (KomWG) in Verbindung mit § 21 der Kommunalwahlordnung (KomWO) den Wahlausschuss für die Bürgermeisterwahl. Dem Gemeindewahlausschuss obliegt die Leitung der Gemeindewahlen und die Feststellung des Wahlergebnisses.

Der Gemeindewahlausschuss besteht kraft Gesetzes aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und mindestens zwei Beisitzerinnen/ Beisitzern. Der Bürgermeister hat die Stellung des Vorsitzenden grundsätzlich kraft Gesetzes inne, wenn er nicht selbst Wahlbewerber oder sonst verhindert ist.

Die Beisitzerinnen/ Beisitzer und Stellvertreterinnen/ Stellvertreter in gleicher Zahl wählt der Gemeinderat aus den Wahlberechtigten. Die Zahl der Beisitzer ist nach oben nicht begrenzt.

Bürgermeister Brügner wird bei der Bürgermeisterwahl nicht erneut antreten und übernimmt kraft Gesetz den Vorsitz des Gemeindewahlausschusses. Seine Stellvertreter im Amt übernehmen in der gewählten Reihenfolge die Stellvertretung bei einer Verhinderung.

Es wird vorgeschlagen, den Gemeindewahlausschuss nach der Anzahl der Fraktionen im Gemeinderat mit drei Beisitzerinnen/ Beisitzer zu besetzen sowie je eine Stellvertreterin/ ein Stellvertreter zu wählen. Die Fraktionen und Gruppierung werden um Rückmeldung der Vorschläge bis zur Sitzung an HAL Tristan Römer gebeten.

Gem. § 11 Abs. 4 KomWG bestellt der Bürgermeister darüber hinaus einen Schriftführer.

Der Wahlausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

- **Vorsitzender (Bürgermeister):** Lars Brügner, Bürgermeister
- **Stellvertretende/r Vorsitzende/r:** Reihenfolge der Bürgermeister Stellvertreter
- **Beisitzer/innen (mindestens zwei):**
 - Patricia Schwaab, Freie Wähler

- Dr. Thomas Schonhardt, SPD
- Johannes Froß, CDU
- **Stellvertretende Beisitzer/innen:**
 - Niklas Arzt, Freie Wähler
 - Dr. Anna Raynor, SPD
 - Sabine Gerber-Schaub, CDU
- **Schriftführer:** HAL Tristan Römer

Das Verfahren für die Bildung des Gemeindewahlausschusses ist im KomWG nicht näher geregelt. Die Vorschriften über die Bildung von beschließenden Ausschüssen (§ 40 GemO) werden deshalb entsprechend angewendet und der Ausschuss im Wege der Einigung besetzt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Besetzung des Gemeindewahlausschusses für die Bürgermeisterwahl am 12.10.2025 mit etwaiger Stichwahl am 26.10.2025 anhand der Vorschläge der Fraktionen im Wege der Einigung.

8: Bürgermeisterwahl 12.10.2025 -

Vorstellung der zugelassenen Bewerberinnen und Bewerber (Kandidatenvorstellung)

Herr Römer erklärt Sachverhalt.

Nach § 47 Abs. 2 S. 2 GemO kann die Gemeinde den Bewerbern, deren Bewerbungen zugelassen worden sind, Gelegenheit geben, sich den Bürgerinnen und Bürgern in einer öffentlichen Versammlung vorzustellen.

Diese Vorstellung kann erst nach der Beschlussfassung des Gemeindewahlausschusses über die Zulassung der Bewerber erfolgen.

Als Termin für eine öffentliche Bewerbervorstellung wird Mittwoch, 01.10.2025 in der Heinz Ritter-Halle vorgeschlagen. Eine Reservierung ist bereits vorsorglich erfolgt.

Der weitere Ablauf der Kandidatenvorstellung, wie Ablauf, Reihenfolge, Redezeit, etc. soll vom Gemeindewahlausschuss festgelegt werden.

Beschluss:

Die Kandidatenvorstellung für die Bürgermeisterwahl am 12.10.2025 mit etwaiger Stichwahl am 26.10.2025, findet am Mittwoch, 01.10.2025 statt.

Der Gemeinderat ermächtigt den Gemeindewahlausschuss, die weiteren Regularien für die Kandidatenvorstellung festzulegen.

9: badenova AG & Co. KG

h i e r :

Ergebnisabführungsvertrag für die badenovaERNEUERBARE GmbH

Herr Bürgermeister Brügner erklärt Sachverhalt.

Mit dem neuen Zielbild aus dem Jahr 2022 hat die badenova AG & Co. KG ihren Wachstumspfad für erneuerbare Stromerzeugung aus Wind und PV sowie für die grüne Wärmeversorgung deutlich weiterentwickelt.

In der Vergangenheit wurden beide Bereiche von der badenovaWÄRMEPLUS GmbH & Co. KG abgedeckt. Die Ausbauziele erneuerbarer Energien führte zu einer Optimierung, sodass das Wärmegeschäft auf der einen Seite und die erneuerbare Stromerzeugung (Wind und PV) auf der anderen Seite in voneinander getrennten Geschäftseinheiten abgebildet wurden. Für dieses Vorhaben hat der Aufsichtsrat der badenova AG & Co. KG mit Beschluss vom 19. Juli 2023 der Gründung der 100-prozent Tochter badenovaERNEUERBARE GmbH zum 01.01.2024 zugestimmt.

Um das Geschäft der erneuerbaren Stromerzeugung auch hinsichtlich aller Partner und der Gesellschafter abzusichern, soll, ebenso wie bei den weiteren 100%igen Tochtergesellschaften der badenova AG & Co. KG, die badenovaNETZE GmbH, die badenIT GmbH und die badenova Energie GmbH, ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der badenovaERNEUERBARE GmbH und der badenova AG & Co. KG geschlossen werden. Der Entwurf des Ergebnisabführungsvertrags ist als Anlage dieser Beschlussvorlage beigelegt. Dieser stellt sicher, dass zum einen der wirtschaftliche Erfolg der badenovaERNEUERBARE GmbH der badenova AG & Co. KG zufließt. Zum anderen zeigt er Kunden und Partnern, dass die badenova AG & Co. KG für ihre Umsetzung erneuerbarer Stromerzeugungsanlagen einsteht und diese auch in Zukunft sicherstellt.

Rechtlich bedarf der Gewinnabführungsvertrag nach § 8 Nr. 2 j des Gesellschaftsvertrags einer Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung der badenova AG & Co KG. Da es sich bei dem Vertragsschluss um keine laufende Verwaltung handelt, bedarf es hierzu vorab der Entscheidung des Gemeinderats. Eine Genehmigung der Rechtsaufsicht ist nicht erforderlich.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrags gemäß dem in der Anlage beigelegten Entwurfes zwischen der badenova AG & Co. KG und der badenovaERNEUERBARE GmbH rückwirkend zum 01.01.2025 zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister bzw. seinen Stellvertreter oder anderweitig Bevollmächtigten die zum Vollzug der Beschlussziffer 1 in der/den Gesellschafterversammlung(-en) der badenova AG & Co. KG erforderlichen Erklärungen abzugeben.

10 Schwimmunterricht für Kindergarten- und Grundschulkinder

Herr Brügger erklärt den Sachstand.

Die Josef-Wund-Stiftung hat im Jahr 2021 die „Wundine Schwimmakademie“ ins Leben gerufen. Mit mehreren Schwimmböden soll die Förderung und Bewahrung des Schwimmens als Kulturtechnik gefördert werden und Kinder das Schwimmen erlernen.

Die Gemeinde Vörsstetten hat sich erfolgreich darum beworben, das Schwimmböden für die Dauer von ca. drei Monaten in der Gemeinde Vörsstetten aufzustellen und zu betreiben. Damit können alle Kinder ab vier Jahren bis zum Grundschulalter vor Ort kostenfrei schwimmen lernen. Darüber hinaus ist beabsichtigt, dies auch den entsprechenden Kindern aus den Gemeinden Reute und Holzhausen zu ermöglichen. Außerdem können die regionalen Schwimmvereine sowie das DLRG in den freien Zeiten ebenfalls Schwimmunterricht anbieten.

Die Gemeinde muss lediglich für die Kosten des Wassers, Abwassers, Strom und der Reinigung aufkommen. Das Schwimmböden selbst, der Einsatz ausgebildeter Schwimmlehrkräfte sowie die Personalkosten für die Schwimmlehrkräfte sind kostenfrei und werden von der Stiftung getragen.

Das Schwimmböden wird über den Badischen Sportbund verwaltet und der Einsatz gemanagt. Sofern der Gemeinderat der Nutzung zustimmt, wird das Schwimmböden ab 8. Dezember 2025 bis ca. Ende Februar 2026 in Vörsstetten betrieben werden.

Aus den Reihen des Gremiums werden Fragen zur Dauer und Wirksamkeit des Projekts, zur ausreichenden Vermittlung von Schwimmkompetenzen in drei Monaten sowie zur begrenzten Nutzungszeit während der Weihnachtsferien gestellt. Mehrere Ratsmitglieder äußern sich grundsätzlich positiv zum Schwimmböden, sehen jedoch Aspekte wie Kosten, Gruppengröße und organisatorische Einbindung als kritisch oder klärungsbedürftig an.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu, dass „wundine On Wheels-Schwimmböden“ für ca. drei Monate bei der Heinz Ritter-Halle aufgestellt wird. Die von der Gemeinde zu tragenden Kosten werden anteilig den jeweiligen Nutzern in Rechnung gestellt.

11: Verschiedenes, Fragen und Anregungen

Seitens des Vorsitzenden sowie aus den Reihen des Gremiums werden keine Anmerkungen, Fragen oder Anregungen vorgebracht.

12: Fragemöglichkeit für Zuhörer

Ein Zuhörer erkundigt sich, ob der Gemeinde im Vorfeld bewusst war, dass das Gebäude im Baugebiet Langacker eine derartige Höhe aufweisen würde. Bürgermeister Brügner bestätigt dies und erklärt, dass die Gemeinde diese Bauweise so gewollt habe und das Ergebnis als gelungen bewertet wird.

Des Weiteren wird angeregt, im Ratssaal Mikrofone für die Gemeinderäte bereitzustellen, da Beiträge teilweise akustisch schwer verständlich seien. Der Vorsitzende bittet in solchen Fällen um rechtzeitigen Hinweis und weist darauf hin, dass er die Redner dann ausdrücklich zur deutlichen und lauten Aussprache auffordern werde.

Die Vorsitzende des Grundschulfördervereins bedankt sich abschließend herzlich für die Unterstützung beim Schwimmbobilprojekt.

Der Vorsitzende schließt um 20:34 Uhr die Sitzung.